

Frohe
Osterzeit

Ab Juli 2019 werden die dbb-Magazine „tacheles“ und „tacheles GESUNDHEIT“ nur noch in digitaler Form erscheinen. Um weiter aktuell zum Tarifgeschehen informiert zu sein, gehen Leser bitte wie folgt vor:

- Rufen Sie die Website www.dbb.de/tacheles auf.
- Wählen Sie die gewünschten Magazine auf Newsletter aus.
- Tragen Sie Ihre E-Mail-Adresse ein und machen Sie einen Haken an der Datenschutzerklärung.
- Nachdem Sie „Anmelden“ angeklickt haben, erhalten Sie eine automatisch generierte E-Mail.
- Den zugesandten Link anklicken. Fertig!

Bei Problemen oder Fragen schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an tacheles@dbb.de.

Artikel in dieser Ausgabe

1. Polizeiliche Kriminalstatistik 2018
2. Hauben zum Schutz gegen Spuckattacken
3. Fachkonferenz Islamistischer Terrorismus
4. Wieviel Polizei braucht BaWü?
5. Einkommensrunde öffentlicher Dienst
6. Hochschule der Polizei hat neue Prorektorin

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen sind entsprechend gekennzeichnet

Polizeiliche Kriminalstatistik 2018

Weniger Straftaten, höhere Aufklärung - massive Überlastung der Polizei und Schlusslicht bei der Polizeidichte.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 soll es belegen: Zum dritten Mal in Folge weniger Straftaten und höhere Aufklärungsrate in Baden-Württemberg. Ergo ein Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich.

Für Innenminister Thomas Strobl ist die Polizeiliche Kriminalstatistik ein sicheres Zeichen dafür, dass Baden-Württemberg bei der Inneren Sicherheit bundesweit einen „Spitzenplatz“ belegt: Die Kriminalitätsbelastung sei auch im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen und so niedrig wie seit 1990 nicht mehr. Gleichzeitig habe die Polizei fast zwei Drittel der Straftaten aufklären können.

Doppelter Erfolg aus Sicht des Ministers: Weniger Straftaten, beste Aufklärungsquote.

Unstrittig: Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für das vergangene Jahr insgesamt 572.173 Straftaten aus. Das sind 1,3 Prozent weniger als im Jahr 2017. Gleichzeitig erreichte die Aufklärungsquote im vergangenen Jahr mit 62,7 Prozent (2017: 62,4 Prozent) einen historischen Höchststand. Die Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg betrug 5.191 Straftaten je 100.000 Einwohner. „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg sicher leben und das soll auch so bleiben“, stellte Minister Thomas Strobl klar.

Deutsche Polizeigewerkschaft bewertet Polizeiliche Kriminalstatistik nicht nur positiv.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, bewertet die heute vorgelegte Polizeiliche Kriminalstatistik nicht nur positiv: „Wir werden eine noch bessere Kriminalstatistik haben, wenn wir noch weniger Polizeibeamte haben. Denn wo nicht ausreichend Ermittler zur Verfügung

stehen, um bestimmte Straftaten überhaupt erst zu entdecken, da können diese auch in keiner Statistik zu Buche schlagen. Ein gutes Beispiel ist der Bereich der Rauschgiftkriminalität, wo viele Verfehlungen nur dann ans Licht kommen, wenn die Polizei mit ausreichend Nachdruck - und Personal - Ermittlungen führen kann.“ Kusterer führt damit einmal mehr das Wechselspiel zwischen „aktivem Hinsehen“ und „Entdecken“ vor Augen.

Wer mehr Personal einsetzt, wird auch mehr Straftaten entdecken.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist ein hervorragender Arbeitsnachweis der Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg. Sie ist ein Zeichen für die große Leistungsbereitschaft der Polizeibediensteten und ein Indiz dafür, dass man mit immer weniger Polizeibeschäftigten trotzdem (noch) gute Arbeitsergebnisse erzielen kann.



Weiß um die Wechselwirkung zwischen Personalansatz und Kriminalstatistik: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist aber nicht dazu geeignet zu bewerten, ob und wie sicher man in Baden-Württemberg lebt: In den vergangenen zehn Jahren wurden fast sechs Millionen Straftaten entdeckt und polizeilich erfasst. Mehr als zwei Millionen Straftaten davon wurden nicht aufgeklärt. In Baden-Württemberg wurden immer mehr Menschen Opfer einer Straftaten. Vielen kennen aus dem persönlichen Umfeld jemanden, der selbst Opfer



einer Straftat wurde. Das subjektive Sicherheitsempfinden ist nach wie vor massiv gestört.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass die Zahl der Straftaten die nicht entdeckt und die nicht angezeigt wurden (das sogenannte Dunkelfeld) sich mindestens auf dem gleichen Niveau befindet wie die erfassten Straftaten! Dieses mit einbezogen, sinkt die tatsächliche Aufklärungsquote.

Nach Auffassung des DPoIG-Landesvorsitzenden benötigen wir dringend mehr Personal: „Innenminister Strobl wird als Schadensbegrenzer in die Geschichte eingehen, wenn seine Bemühungen Früchte tragen und endlich mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Zur Wahrheit gehört, dass wir massiv überlastet sind. Wir sind an den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und teilweise darüber. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre genügend Personal einzustellen rächen sich.“ Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert, den Personalkörper der Polizei um grundsätzlich 2.000 Polizeibeamte aufzustocken. □

Quelle: Pressemeldung Innenministerium

Sicherheitsbericht zur Kriminalitätsentwicklung in Baden-Württemberg 2018: <https://bit.ly/2HGmAw7>

Hauben zum Schutz gegen Spuckattacken Innenminister Thomas Strobl übergab erste Hauben.

Einsatzkräfte der Polizei in Baden-Württemberg werden mit besonderen Schutzhauben ausgerüstet, um sich gegen Spuckattacken schützen zu können. Die ersten Modelle wurden im April beim Polizeipräsidium Heilbronn ausgegeben.

Die stoffähnlichen, luftdurchlässigen Teile können spuckenden Angreifern komplett über den Kopf gezogen werden. Sie kosten wenige Euro und werden nach dem einmaligen Gebrauch entsorgt. Innenminister Thomas Strobl bezeichnete bei der medial begleiteten Übergabe Spuckattacken gegen einschreitende Polizistinnen und Polizisten als „besonders ekelerregend“ und Ausdruck einer steigenden Aggression in der Gesellschaft.

2018 sind nach Angaben des Innenministeriums mehr als 600 Polizisten im Südwesten Opfer von Spuckattacken geworden. 2017 waren es noch 493 Opfer. Die Spuckattacken verbreiten nicht nur Ekel, sondern

sind auch gesundheitsgefährdend für die Beamten. Andere Bundesländer, beispielsweise das benachbarte Rheinland-Pfalz, haben Spuckschutzhauben schon länger im Einsatz. Nachdem sich Spuckattacken auf Polizeibeamte im Einsatz gehäuft hatten, hatte die Nachwuchsorganisation der DPoIG, die JUNGE POLIZEI, bereits 2014 die Einführung von sogenannten Spuckschutzhauben, die den Betroffenen übergestülpt werden können, gefordert.



Als „ein Mann der Basis“ aktiv im Streifendienst und Landesvorstand: Daniel Jungwirth, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender.

Im Praxistest in Baden-Württemberg seien die auf dem Markt befindlichen Hauben aber durchgefallen, sagte Strobl. Deshalb machte sich Baden-Württemberg dran, eigene Hauben zu entwickeln. Die ersten Modelle wurden nun ausgegeben.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft bezeichnete Spuckschutzhauben als unverzichtbar. „Leider ist es so, dass in der Praxis der Beginn einer Spuckattacke nicht oder spät erkannt wird. Aber man kann den Täter damit effektiv an der weiteren Fortsetzung hindern“, sagte Daniel Jungwirth, stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG Baden-Württemberg. Es sei auch schon vorgekommen, dass Angreifer es darauf anlegten, einem Polizisten direkt in den Mund zu spucken. Jungwirth machte deutlich, dass solche Spuckattacken nur ein Teil von diversen Ekelkontakten seien, welche Polizisten bald täglich im Dienst erleben müssen.

Bespucken fällt bekannterweise unter den Straftatbestand der Beleidigung. Wenn die Attacken auch körperliche Auswirkungen - wie etwa Brechreiz - beim Beamten haben, kann dies auch eine Körperverletzung sein. Insgesamt steigt die Gewalt gegen Polizisten weiter an - im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 4.767 Fälle. □



Braucht keiner: Spucke, Schleim oder warmfeuchter Atemhauch eines Anderen im Gesicht. Fängt eine festgenommene Person an zu spucken, schützen Spuckschutzhauben (kleines Bild) vor weiterer Tatausführung.

Weitere Informationen:

Im Zusammenhang mit Gewalt gegen Polizisten erfasst die Polizeiliche Kriminalstatistik auch Spuck- und Beißattacken. Im Jahr 2012 zeigt die Statistik 146 Fälle von „Ausspucken“ - im Jahr 2017 waren es 213 Fälle.

Bei der sogenannten Tatbegehung „Beißen“ gab es eine Entwicklung von 145 (2012) auf 198 Fälle (2017). Die Zahl der Tatverdächtigen, die entweder gespuckt oder gebissen haben, entwickelte sich von 266 (2012) auf 375 (2017). Von diesen 375 Tatverdächtigen standen 239 unter dem Einfluss von Alkohol und 44 unter dem Einfluss harter Drogen.

Quelle: Aktuelle Landtagsanfrage

Fachkonferenz Islamistischer Terrorismus Internationale Experten kamen in Stuttgart zusammen.

Ende März fand die Internationale Fachkonferenz „Neue Ansätze und Methoden zur Prävention und Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ statt. Einladender und Ausrichter war das Innenministerium. Experten aus Israel, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, von Europol sowie rund 250 Gäste aus 24 Nationen kamen in Stuttgart zusammen. Für die DPoIG Baden-Württemberg nahm der Landesbeauftragte für Kriminalpolizei, Manfred Ripberger, teil.

Die internationalen Experten kamen zusammen, um neue Ansätze und Methoden zur Prävention und Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu präsentieren.

Innenminister Thomas Strobl bekräftigte, dass man mit der Verschärfung der einschlägigen Bestimmungen des Polizeigesetzes richtige Akzente gesetzt habe. Allerdings seien weitere Schritte notwendig, so zum Beispiel die Schaffung einer Möglichkeit zur Ingewahrsamnahme einer Person, von der eine erhebliche Gefahr ausgeht, oder die Einführung der Online-Durchsuchung zu Zwecken der polizeilichen Gefahrenabwehr. Es nütze keinem Opfer, so Strobl, wenn Ermittler nur Möglichkeiten haben, die erst dann greifen, wenn ein Anschlag bereits stattgefunden habe: „Neben all diesen Maßnahmen dürfen wir unsere präventiven Anstrengungen nicht vernachlässigen. Wir müssen



Für die DPoIG Baden-Württemberg bei der Fachkonferenz: Fachsprecher Kriminalpolizei Manfred Ripberger.



Die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus wird anhalten und Sicherheitsbehörden über Ländergrenzen hinweg auch zukünftig herausfordern. Eine neue Herausforderung ist der „lonesome fighter“, ein schwer zu erkennender Einzeltäter, der ohne lange zeitliche Vorbereitung, wahllos in Menschenmengen oder auf belebten Plätzen zuschlägt.

sicherstellen, dass Menschen erst gar nicht in den Bann von Extremisten kommen. Deshalb war es ein wichtiger Schritt, das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) einzurichten“, so Innenminister Thomas Strobl weiter. Mit Blick auf die Umstände des Anschlages am Berliner Breitscheidplatz betonte Strobl die essenzielle Bedeutung eines vertrauensvollen, umfassenden und vor allem schnellen Austauschs aller relevanten Informationen. Dies betreffe insbesondere Erkenntnisse über die kriminellen Karrieren potenzieller Gefährder.

Landespolizeipräsident Gerhard Klotter betonte, dass vom islamistischen Terrorismus nach wie vor eine ernstzunehmende globale Bedrohung ausgehe. Zwar würden die Polizeien der Länder und des Bundes über wirksame Instrumente zur Früherkennung und Bewertung des Risikopotenzials von Angehörigen des militant-salafistischen Spektrums verfügen, doch sei der personelle Aufwand dafür enorm hoch. Eine enge und vertrauensvolle

internationale Allianz aller Sicherheitsbehörden sei der Schlüssel.

Ein Angehöriger der israelischen Polizei referierte eindrucksvoll über Schwierigkeiten beim Erkennen eines neuen Täterprofils, den sogenannten „lonesome fighter“, welcher in Israel aus dem Nichts entstanden ist. In weiteren Beiträgen ging es über die Möglichkeiten und Grenzen des Schutzes der Bevölkerung vor und bei terroristischen Amokläufen und Anschlägen. Ein Vertreter der Antiterror-Einheit RAID der französischen Police Nationale führte unter anderem aus, welche Lehren aus den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris gezogen werden müssen.

Unser Fachsprecher lobte die hochkarätig besetzte Veranstaltung als sehr gelungen. Die gehörten Expertenmeinungen und gewonnenen Informationen werden die Arbeit der DPoIG-Landesleitung bereichern. □

Weitere Informationen:
Pressemitteilung des IM BW
<https://bit.ly/2IKGxBC>

Wieviel Polizei braucht BaWü?

Die Koalitionspartner sind sich uneinig über eine Aufstockung.

In der grün-schwarzen Koalition wird kontrovers über die Notwendigkeit einer Aufstockung des Polizeipersonals debattiert. Die DPoIG rät den Parteien seit Langem, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten im Land dringend um 2.000 zu erhöhen.

Innenminister Thomas Strobl (CDU) kündigte nach der Vorstellung des Berichts zur Kriminalitätslage an, die 2.000 zusätzlichen Vollzugsstellen nun auch schaffen zu wollen. Die Polizei leiste mit wenig viel, was auf Dauer an die Substanz gehe. Die Herausforderungen würden kontinuierlich wachsen, von der boomenden Cyberkriminalität hin bis zur Terrorismusbekämpfung.

Laut Koalitionsvertrag sollte Polizei aufgestockt werden.

Im Koalitionsvertrag waren sich die Regierungspartner einig, mehr Polizei für das Land schaffen zu wollen. Grüne und CDU hatten verkündet, den Personalkörper um 1.500 Polizeistellen zusätzlich aufzustocken, davon 900 im Vollzug.

Doch nun bremsen der grüne Koalitionspartner und die Opposition. Beide verweisen darauf, erst einmal die aktuelle Einstellungsoffensive mit 1.800 Ausbildungs-/Studienplätzen pro Jahr abwarten zu wollen. Die grün-schwarze Landesregierung hatte mit der Einstel-

lungsoffensive das Angebot an Ausbildungsplätzen für die Polizei in den kommenden Jahren auf jeweils 1.800 erhöht.

Der Minister solle erst einmal seine Hausaufgaben machen, bevor er neue Forderungen in die Welt setze, sagte beispielsweise der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sascha Binder. Der innenpolitische Sprecher der FDP, Ulrich Goll, wirft Innenminister Strobl vor, mehr zu versprechen als er umsetzen kann.

Die DPoIG warnt vor Vermischungen.

Fakt ist: Kein anderes Bundesland hat im Verhältnis zu den Einwohnern so wenig Polizeibeamte. In Baden-Württemberg kommen auf einen Vollzugsbeamten 453 Einwohner. In Bayern gibt es etwa einen Polizisten je 392 Einwohner.



Wachsende Aufgaben erfordern einen mitwachsenden Personalkörper sagt Oliver Auras, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender.

Fakt ist auch: Die Polizistinnen und Polizisten im Land sind deshalb massiv überlastet. „Wir sind an und teilweise über den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit“, bestätigt Oliver Auras, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre, bei immer wachsenden Aufgaben kein zusätzliches Personal einzustellen, rächen sich.

Allerdings tragen die Früchte der Einstellungsoffensive nur bedingt zu einer Entlastung bei: „Wir müssen allein über 1.000 neue Kolleginnen und Kollegen pro Jahr einstellen, um die aktiven Polizistinnen und Polizisten zu ersetzen, die uns altershalber verlassen“, sagte Auras mit Blick auf die bald heranrollende Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge.

Mit zusätzlichen Aufgaben muss zusätzliches Personal einhergehen.

Um auch in Zukunft erfolgreich die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können, braucht die Polizei optimale Rahmenbedingungen. Dazu gehört ein aufgabengerecht ausgestatteter Personalkörper. Um eine grundsätzliche Aufstockung kommt die Politik nicht umhin. Ungeachtet dessen muss der bestehende Personalkörper funktionsfähig erhalten werden: Die Landesregierung muss deshalb Sorge tragen, dass die Möglichkeiten der Einstellungsoffensive voll genutzt und die maximale Zahl an Auszubildenden in der vorgesehenen Zeit auch eingestellt und ausgebildet werden. □

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Zeitpunkt der Umsetzung des Tarifergebnisses TV-L 2019.

Am 2. März haben die Tarifvertragsparteien eine Einigung zur Einkommensrunde 2019 erreicht: Die Tabellenwerte werden zum 1. Januar 2019 um 3,2 Prozent erhöht, mindestens jedoch um 100 Euro. Zum 1. Januar 2020 erfolgt eine weitere Erhöhung um 3,2 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro. Eine dritte Gehaltssteigerung um weitere 1,4 Prozent, beziehungsweise um mindestens 50 Euro, ist zum 1. Januar 2021 vorgesehen.

Derzeit erreichen uns vermehrt Anfragen, wann mit der Umsetzung des Tarifergebnisses TV-L 2019 gerechnet werden kann. Insbesondere die Gehaltsnachzahlungen sowie die Regelungen zur Entzerrung der sogenannten „kleinen EG9“ werden besonders häufig nachgefragt.

Im Einigungspapier wurde eine beiderseitige Erklärungsfrist zum 15.04.2019 vereinbart. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Gewerkschaften sowie die Arbeitgeber der Einigung zustimmen.

Danach beginnen die Redaktionsverhandlungen, in denen Detailfragen geklärt und die Grundsatzeinigung in Form von Änderungstarifverträgen umgesetzt wird.

Wir als DPoIG Baden-Württemberg rechnen mit einer Veröffentlichung der Tarifverträge etwa Mitte Mai.

Die Übernahme des Ergebnisses auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger der Bundesländer ist Sache der jeweiligen Landesregierung.

Die baden-württembergische Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne), beabsichtigt, das Tarifergebnis für die Angestellten der Länder auch auf die Beamten zu übertragen. Diese Planungen wurden durch ein Schreiben des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) an die Beamtenschaft bestätigt.

Eine zeitgleiche und systemgerechte Übernahme des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten wurde somit bereits zugesichert.

Wir werden umgehend informieren, sobald uns belastbare Informationen vorliegen. □



Edmund Schuler, Landestarifbeauftragter der DPoIG Baden-Württemberg



Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in Baden-Württemberg mehr als 442.800 Beschäftigte betroffen: über 129.000 Tarifbeschäftigte des Landes sowie über 313.600 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.

Eckdaten des Tarifabschlusses:

8 Prozent mehr Einkommen in 33 Monaten. Die Tabellenwerte werden zum 1. Januar 2019 um 3,2 Prozent erhöht, mindestens jedoch um 100 Euro. Zum 1. Januar 2020 erfolgt eine weitere Erhöhung um 3,2 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro. Eine dritte Gehaltssteigerung um weitere 1,4 Prozent, beziehungsweise um mindestens 50 Euro, ist zum 1. Januar 2021 vorgesehen.



Hochschule der Polizei hat neue Prorektorin Prof. Dr. Judith Hauer tritt Nachfolge von Prof. Friedrich Vögt an.

Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg verfügt wieder über eine vollständige Führungsspitze: Frau Prof. Dr. Judith Hauer wurde Anfang April zur neuen Prorektorin bestellt.

Im Zuge eines internen Ausschreibungsverfahrens wurde die Funktion der Prorektorin an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg neu besetzt, nachdem der bisherige Prorektor Prof. Friedrich Vögt in den Ruhestand getreten ist.

„Frau Prof. Dr. Judith Hauer konnte bereits in vielfältigen Funktionen ihres beruflichen Werdegangs im Bereich des Strafrechts und Strafverfahrensrechts ihre herausragende Qualifikation unter Beweis stellen“, lobte Staatssekretär Julian Würtenberger. Bereits seit 2015 lehrt Hauer erfolgreich an der Hochschule für Polizei

Baden-Württemberg als Professorin für Straf- und Strafprozessrecht.

Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg mit rund 850 Beschäftigten ist die zentrale Einrichtung für die polizeiliche Aus- und Fortbildung in Baden-Württemberg. Die Funktion der Prorektorin umfasst Vertretungsaufgaben für den Präsidenten der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg sowohl im wissenschaftlichen Selbstverwaltungsbereich als auch im staatlichen Bereich der Personal- und Wirtschaftsverwaltung der Kernhochschule.

Die ID-Redaktion dankt (auch im Namen der DPoIG-Landesleitung) Herrn Prof. Friedrich Vögt für das erbrachte persönliche Engagement. Wir gratulieren der neubestellten Prorektorin Prof. Dr. Judith Hauer und wünschen für ihre Aufgabewahrnehmung alles Gute. □

Weitere Informationen:
Pressemitteilung des IM BW
<https://bit.ly/2UwixR1>

Prof. Dr. Judith Hauer, geboren 1971

- 1991-1996: Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München
- 1999: Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft München I und Traunstein
- 2001: Rechtsanwältin bei der Kanzlei Hasche Sigle
- 2002: Wissenschaftliche Assistentin am Institut für die gesamten Strafrechtswissenschaften, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik der LMU München
- 2007: Promotion
- 2008: Rechtsanwältin und Partnerin in der Kanzlei Roxin-Rechtsanwälte
- 2010: Regierungsrätin in der bayerischen Finanzverwaltung
- 2012: Lehraufträge an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, Fürstenfeldbruck und selbständige Rechtsanwältin
- seit August 2015: Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg



Bei der Bestellung der neuen Prorektorin der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (von links): Präsident der Hochschule für Polizei Martin Schatz, die frischbestellte Prorektorin Prof. Dr. Judith Hauer, Staatssekretär Julian Würtenberger, Landespolizeipräsident Gerhard Klotter.